

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stellt fest, daß die UdSSR auf eine zentrale westliche Forderung eingegangen ist: Jetzt ist der Westen am Zug.

Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL sieht, daß bei der Paragraph 218-Diskussion die Belange der Betroffenen unter den Tisch fallen: Union der Engländer.

Seite 2

Annemarie Renger MdB wendet sich gegen eine "Liberalisierung" des Ladenschlusses: Für alle zu teuer.

Seite 3

Jan Oostergelto MdB kritisiert Kohls Schweigen zur EG-Agrarreform: Weiter im alten Trott.

Seite 4

Dokumentation

Sven Ove Hansson (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens) auf dem Ost-Berliner Karl-Marx-Kongreß: Karl Marx und die Pressefreiheit.

Seite 5

36. Jahrgang / 86

5. Mai 1983

Jetzt ist der Westen am Zug

Die UdSSR ist auf eine zentrale westliche Forderung eingegangen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion,
Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen und Europa- und Entwicklungspolitik

Das neue Angebot der Sowjetunion, bei den Genfer INF-Verhandlungen zu einer "Übereinkunft über die Gleichheit der nuklearen Potentiale in Europa, sowohl für Träger als auch für Sprengköpfe ... unter Berücksichtigung der entsprechenden Waffen Großbritanniens und Frankreichs" bereit zu sein, könnte ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer Vereinbarung in Genf sein.

Die Sowjetunion ist mit dem Angebot, Sprengköpfe zu zählen, auf eine zentrale westliche Forderung eingegangen. Sie spricht sich jetzt dafür aus, ein ungefähres Gleichgewicht zwischen der UdSSR und der NATO hinsichtlich der Anzahl der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite - und darunter versteht sie Raketen und Flugzeuge - sowie hinsichtlich der Sprengköpfe zu schaffen. Das läßt auf mehr Flexibilität der Sowjetunion in Genf schließen. Die Sowjetunion spricht jetzt auch bei den Flugzeugen deutlicher als bisher nur noch von Systemen, die in Europa stationiert sind.

Für den Fortgang der Genfer Verhandlungen am 17. Mai kann sich dieser Schritt positiv auswirken. Der Westen sollte deshalb seinerseits konkrete Vorschläge machen, die ein tragbares Verhandlungsergebnis erleichtern können.

(-/5.5.1983/ks/ca)

+ + +



Union der Engelmacher

Die Belange der Betroffenen fallen im Kampf der Ideologien und
doppelten Moral unter den Tisch

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Der familienpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag erklärt, die Notlagenindikation könne so nicht aufrechterhalten bleiben. Unionsabgeordnete kündigen Initiativen zur Änderung des Paragraphen 218 an. Jetzt verlangt für das Zentralkomitee der Katholiken deren Präsident, der CSU-Kultusminister Majer, daß "die Finanzierung der Abtreibung" gesetzlich geändert werden müsse - unabhängig davon, wie das Bundesverfassungsgericht in der Sache entscheide. Ganz offensichtlich haben wir es mit einer konzertierten Aktion zur Aushöhlung der Notlagenindikation des Paragraphen 218 Strafbuch zu tun, die an Polemik nicht zu überbieten ist.

Da werden Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, mit nationalsozialistischen Mördern verglichen. Katholische Bischöfe finden mildernde Gründe für die Nazitaten, für die Frauen nicht. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in einer anerkannten Notlage vornehmen lassen, sind mindestens vernünftigungssüchtig oder emanzipationsbesessen.

Der Männerkampf um die Frauenbelange ist wieder entfesselt. Die Belange der Betroffenen fallen in diesem Kampf der Ideologien und der doppelten Moral unter den Tisch. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die Neuregelung des Paragraphen 218 von 1976 wesentlich dazu beigetragen hat, daß illegale und gefährliche Schwangerschaftsabbrüche kaum noch vorkommen. Von einer leichtfertigen Abbruchmentalität kann nach allen Untersuchungen nicht die Rede sein.

Die Frauen, die wenig Geld haben, werden mit der Abschaffung der Krankenkosten-erstattung wieder in die Arme der Engelmacher und Engelmacherinnen getrieben; das kann keine christliche Politik sein!

Der vom familienpolitischen Sprecher der CDU zur Unterstützung schwangerer Frauen vorgeschlagene "Fond für das menschliche Leben" ist eine zynische Verhöhnung der Frauen, die mit kleinen Kindern auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Bundesregierung, die die Sozialleistungen für die Ärmsten ständig kürzt, muß sich vorhalten lassen, die Lebensbedingungen für die ungeborenen und die geborenen Kinder verschlechtert und nicht verbessert zu haben.

Wer den hundertjährigen Kampf gegen den Frauenschandparagraphen kennt, der weiß, daß der Paragraph 218 emotional für uns Frauen mehr bedeutet als eine reine Abwägung von Kosten. Es ist für das Klima in der Bundesrepublik nicht von ungefähr, daß auch uns nahestehende Männer plötzlich in dieser Frage gern leise treten würden. Wir dürfen ihnen das nicht durchgehen lassen!

Für die Dämpfung der Krankenkosten ist der Paragraph 218 ein ungeeignetes Objekt. Wer mit dem Argument der Kostenersparnis anderen seine Moral aufzwingen will, macht diese Moral nicht glaubwürdiger!
(-/5.5.1983/ks/ca)

+ + +



Für alle zu teuer

"Liberalisierung" des Ladenschlusses ist nicht hinnehmbar

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Unter schon seit Jahren nicht mehr originellen Überschriften wie "mehr Urbanität und Stadtkultur" oder "Einkaufsbummel an hellen Sommerabenden" und mit abgegriffenen Argumenten, deren Wahrheitsgehalt sich auch durch ständiges gebetsmühlhaftes Wiederholen nicht steigern läßt, ist nach Äußerungen aus den Reihen der FDP ein neuer Feldzug für verlängerte Ladenschlußzeiten in Gang gekommen. Offensichtlich zu dessen Unterstützung führt der Verbraucherbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft am heutigen Donnerstag eine Anhörung durch. Die Notwendigkeit der Veranstaltung unter der irreführenden Überschrift "Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes" wird mit dem vorgeschobenen und nichtssagenden Argument begründet, "neue Entwicklungen in den letzten Monaten und Jahren hätten es notwendig erscheinen lassen, die Diskussion um das umstrittene Ladenschlußgesetz wieder aufzunehmen".

Das Ladenschlußgesetz mit begrenzten Öffnungszeiten hat sich in den vergangenen 25 Jahren bewährt. An ihm sollte ohne Abstriche festgehalten werden. Acht zusätzliche Freizeitstunden allein seit 1956 in einer Fünftageweche stehen der überwältigenden Mehrheit der Arbeitnehmer - zu der auch die zehn Millionen berufstätigen Frauen gehören - zum Einkauf zur Verfügung. Zum Nutzen von Kommerz und Kasse, vor allem finanzstarker Groß Einzelhandelsunternehmen, die am leichtesten Schichtarbeit organisieren können, wird an unsere Bequemlichkeit appelliert, damit ein Gesetz zum Schutz der Menschen verwässert werden kann.

Längere Öffnungszeiten mögen für die Verbraucher bequem sein. Sie können aber nur auf Kosten der zwei Millionen im Einzelhandel Beschäftigten - auch der Einzelhändler selbst - für die schon jetzt der Feierabend spät genug ist und die häufig keinen freien Samstag kennen, durchgesetzt werden.

Teilzeitarbeitsuchende Hausfrauen suchen in überwältigender Zahl Vormittagsstellen, da Spätschichten das Familienleben belasten. Gesteigerte Kosten durch verlängerte Öffnungszeiten müssen zu höheren Verbraucherpreisen führen.

Ein Einkaufsbummel am Abend würde also nicht nur dem Verkaufspersonal ein geregelter Familienleben unmöglich machen, er würde uns auf Dauer auch teuer zu stehen kommen.

(-/5.5.1983/ks/ca)

+ + +



Weiter im alten Trott

Kohl schweigt zur EG-Agrarreform

Von Jan Oostergetelo MdB

Stellvertretender Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Agrarmarkt gerät aus den Fugen, die Überproduktion und deren erneute Steigerung verursacht zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe, deren Finanzierung bisher durch keinen Haushalt abgesichert ist. Kleine und mittlere bäuerliche Betriebe verarmen, die bäuerliche Agrarstruktur der Bundesrepublik ist durch faktischen Verdrängungswettbewerb, völlig unzureichende Einkommen im unteren Bereich und durch Bestrebungen zu quasiindustrieller Produktion gefährdet wie nie zuvor. Kurz, unsere landwirtschaftliche Ordnung ist in ihrer Substanz gefährdet.

Mit Recht war man deshalb gespannt, auf welchem Weg die Bundesregierung, durch Zufall noch im Vorzug der EG-Präsidentschaft, diesen Herausforderungen begegnen würde.

Die Regierungserklärung ist vorbei, was bleibt, ist Enttäuschung. Mit keiner seiner Aussagen stellt sich der Bundeskanzler den Problemen. Gerade die Bauern, traditionell ja eher den konservativen Parteien verbunden, müssen enttäuscht sein. Herr Kohl hat es versäumt, die Gelegenheit zu nutzen, seinen so oft vollmundig formulierten Anspruch auf die "Wende" in einem Bereich in die Tat umzusetzen, wo sie ausnahmsweise einmal gerechtfertigt gewesen wäre.

Daß in Brüssel gewaltige Nachtragshaushalte notwendig werden, daß die Fortsetzung der Überschußbeseitigung durch subventionierten Export die Gefahr eines Handelskrieges mit unserem Hauptverbündeten heraufbeschwört, daß die völlig unzureichenden Einkommen der Klein- und Mittelbetriebe zur Verarmung und zum Zusammenbruch vieler Betriebe führen können und werden - darauf geht der Kanzler gar nicht ein; erst recht sagt er nicht, wie die Bundesregierung diesen Problemen begegnen will.

Es kann doch nicht nur an der oft angeführten geringen Kenntnis des Kanzlers an Details liegen, daß all dies der Erwähnung nicht für würdig befunden worden ist. Daraus muß man schließen, daß die Regierung nicht nur ohne Konzept dasteht, sondern vielmehr auf dem Weg des geringsten Widerstandes im alten Trott fortfahren will. Deutschlands Bauern werden Grund zum Demonstrieren bekommen, denn im Agrarbereich scheint die Regierung nach der Devise handeln zu wollen: Wer nichts tut, macht keine Fehler.

Herr Kohl sagt: "Der Staat allein kann die Probleme nicht lösen. Die Regierung braucht die Mitverantwortung aller Bürger." Gerade für den Agrarbereich ist diese Aussage fragwürdig, denn kaum ein anderer Bereich des Wirtschaftslebens ist so durch die staatlich gesetzten Rahmenbedingungen geprägt wie die Landwirtschaft, in kaum einem anderen Bereich hat die Politik so viele Gestaltungsmöglichkeiten. So wird die Aussage zur leeren Phrase.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion muß und wird den Verbrauchern, Steuerzahlern und den Bauern zeigen, daß sie konkrete Vorschläge hat. Sie muß der Regierung so lange als Opposition zusetzen, bis sie sich bequemt, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Denn an einer Reform der EG-Agrarordnung führt kein Weg mehr vorbei.

(-/5.5.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf dem Ost-Berliner Internationalen Karl-Marx-Kongreß hat als Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens Sven Ove Hansson unter anderem folgende Ausführungen über Karl Marx und die Pressefreiheit gemacht:

Karl Marx und die Pressefreiheit

Für einen Sozialdemokraten ist es selbstverständlich von besonderem Interesse zu studieren, was Marx über Demokratie und demokratische Rechte zu sagen hatte. Dabei findet man recht viel Denkwürdiges.

Im Jahre 1842 schrieb der damals 23jährige Marx seinen ersten Artikel über ein politisches Thema. Der Artikel war ein Angriff auf die preußische Zensur, und er stellte fest, daß diese nicht ein Zeichen für die Stärke des Staatsorganismus, sondern für dessen Schwäche sei:

"Ihr traut euren Staatsinstitutionen so viel zu, daß sie den schwachen Sterblichen, den Beamten, zum Heiligen und ihm das Unmögliche möglich machen werden. Aber ihr mißtraut eurem Staatsorganismus so sehr, daß ihr die isolierte Meinung eines Privatmannes fürchtet."

Er erlaubte es sich auch, sich grenzenlos über die Prüfung der Zensoren von wissenschaftlichen Veröffentlichungen lustig zu machen. Unter anderem war es Aufgabe der Zensoren zu beurteilen, ob präsumtive Redakteure von wissenschaftlichen Veröffentlichungen entsprechende Befähigungen besaßen.

"Nicht der leiseste Zweifel steigt auf, ob der Zensor die wissenschaftliche Befähigung besitzen kann, über wissenschaftliche Befähigung jeder Art ein Urteil zu besitzen. Lebt in Preußen eine solche Schar der Regierung bekannter Universalgenies - jede Stadt hat wenigstens einen Zensor -, warum treten diese enzyklopädistischen Köpfe nicht als Schriftsteller auf? Besser als durch die Zensur könnte den Verwirrungen der Presse ein Ende gemacht werden, wenn diese Beamten, übermächtig durch ihre Anzahl, mächtiger durch ihre Wissenschaft und ihr Genie, auf einmal sich erhöhen und mit ihrem Gewicht jene elenden Schriftsteller erdrückten, die nur in einem Genre, aber selbst in diesem einen Genre ohne offiziell erprobte Befähigung agieren. Warum schweigen diese gewiegten Männer, die wie die römischen Gänse durch ihr Geschnatter das Kapitol retten könnten? Es sind Männer von zu großer Zurückhaltung... Ein Staat, der solche Säulen einer vollendeten Presse besitzt, lohnt es dem der Mühe, handelt der zweckmäßig, diese Männer zu Wächtern einer mangelhaften Presse zu machen, das Vollendete zum Mittel für das Unvollendete herabzusetzen?"

In einem anderen Artikel später im gleichen Jahr entwickelte Marx seine Kritik an der Zensur weiter. Es geht hier noch deutlicher hervor, daß Marx sich nicht nur der preußischen Zensur, sondern der Zensur im Prinzip widersetzte. Die freie Presse war für ihn ein allgemeines Prinzip, dessen Gültigkeit nicht dadurch aufgehoben werden konnte, daß die Zensoren noch so recht hatten und die zensurierten Schriftsteller sich noch so irrten:

"Die zensierte Presse bleibt schlecht, auch wenn sie gute Produkte erzeugt, denn diese Produkte sind nur gut insofern sie die freie Presse innerhalb der zensurierten darstellen, und insofern es nicht zu ihrem Charakter gehört, Produkte der zensurierten Presse zu sein. Die freie Presse bleibt gut, auch wenn sie schlechte Produkte erzeugt, denn diese Produkte sind Apostate von der Natur der freien Presse. Ein Kastrat bleibt ein schlechter Mensch, wenn er auch eine gute Stimme hat. Die Natur bleibt gut, wenn sie auch Mißgeburten hervorbringt.

Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige, sittliche Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensurierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt."

Jede Form der Zensur muß sich, laut Marx, auf das Prinzip gründen, daß der Zweck die Mittel heiligt. "Aber, ein Zweck, der unheiliger Mittel" bedarf, ist kein heiliger Zweck."



Zensur war für ihn gleichbedeutend mit einer Deklaration über "die permanente Urmindigkeit des Menschengeschlechts". Über die freie Presse sprach er in beinahe lyrischen Worten:

"Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volkgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den Einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft, die inkorporierte Kultur, welche die materiellen Kämpfe zu geistigen Kämpfen verklärt und ihre rohe stoffliche Gestalt idealisiert. Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst, und bekanntlich ist die Kraft des Bekenntnisses erlösend. Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich selbst erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung der Weisheit."

Gegen die Verletzung des Briefgeheimnisses und der Druckfreiheit

In seiner Schrift "Zur Judenfrage", die er 1843 schrieb, kommt Marx auf das Recht der freien Meinungsäußerung als prinzipielle Frage zurück. Die französische Revolution hatte selbstverständlich seine volle Sympathie, trotzdem war er nicht der Auffassung, daß sie eine Verletzung des Briefgeheimnisses und der Druckfreiheit motivieren konnte. Er drückte die Sache wie folgt aus:

"Während zum Beispiel die Sicherheit als ein Menschenrecht erklärt wird, wird die Verletzung des Briefgeheimnisses öffentlich auf die Tagesordnung gesetzt. Während die 'liberté indéfinie de la presse' (Constitution de 1793 article 122) als Konsequenz des Menschenrechts, der individuellen Freiheit, garantiert wird, wird die Preßfreiheit vollständig vernichtet, denn 'la liberté de la presse ne doit pas être permise lorsqu'elle compromet la liberté publique' (Robespierre jeune, 'Histoire parlementaire de la révolution française' par Buchez et Roux T. 26, p. 59), das heißt also: Das Menschenrecht der Freiheit hört auf, ein Recht zu sein, sobald es mit dem politischen Leben in Konflikt tritt, während der Theorie nach das politische Leben nur die Garantie der Menschenrechte, der Rechte des individuellen Menschen ist, also aufgegeben werden muß, sobald es seinem Zwecke, diesen Menschenrechten widerspricht."

Die Frage der Meinungsfreiheit wurde für Marx Anfang 1849 wieder hochaktuell, als die Herausgabe der "Neuen Rheinischen Zeitung" eingestellt werden mußte, da sich die Zensur im Rheinland nach den vorübergehenden Erleichterungen im Jahr 1848 wieder verschärfte.

Drei Wochen, ehe die berühmte letzte Nummer der Zeitung erschien, beschreibt Engels den Hintergrund der verschärften Zensur wie folgt:

"Die bestehende Regierung und überhaupt die konstitutionelle Monarchie kann sich heutzutage in zivilisierten Ländern nicht halten, wenn die Presse frei ist. Die Freiheit der Presse, die freie Konkurrenz der Meinungen, das ist die Freilassung des Klassenkampfes auf dem Gebiete der Presse. Und die vielersehnte Ordnung, das ist eben die Erstickung des Klassenkampfes, die Knebelung der unterdrückten Klassen. Daher muß die Partei der Ruhe und Ordnung die freie Konkurrenz der Meinungen in der Presse aufheben, sie muß sich durch Preßgesetze, Verbote und so weiter das Monopol des Marktes möglichst sichern, sie muß namentlich die Gratis-Literatur der Plakate und unbezahlten Flugschriften womöglich direkt unterdrücken."

Marx' Analyse über die Ursache für die Einschränkungen in der freien Meinungsäußerung ist eng mit seiner materialistischen Geschichtsauffassung verbunden, und ich empfinde sie als richtig - nicht nur in dem speziellen Fall, von dem er ausging, sondern auch in einer allgemeingültigeren Weise.

1851, als Marx im besten Zuge war, "Das Kapital" zu schreiben, ließ er seine Artikel über die Freiheit der Presse von 1842 in Buchform veröffentlichen. Das zeigt, daß er persönlich seine prinzipielle Stellungnahme gegen die Zensur und für die Meinungsfreiheit nicht als jugendliche Verwirrung betrachtete. Deshalb besteht kein Grund für andere, es anders zu deuten.

Aus einem Brief an Arnold Ruge vom Mai 1849 geht deutlich der Zusammenhang zwischen den Standpunkten hervor, die der junge Marx über Alienation und Demokratie entwickelte:

"Das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, wäre in der Brust dieser Menschen erst wieder zu erwecken. Nur dies Gefühl, welches mit den Griechen aus der Welt und mit dem



Christentum in den blauen Dunst des Himmels verschwindet, kann aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen.

Die Menschen dagegen, welche sich nicht als Menschen fühlen, wachsen ihren Herren zu, wie eine Zucht von Sklaven oder Pferden."

Der hier von ihm angedeutete prinzipielle Standpunkt über Demokratie wird in der "Kritik des Hegelschen Staatsrechts" näher ausgeführt.

Dort sagte Marx über die Demokratie folgendes:

"Die Demokratie ist das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen. Hier ist die Verfassung nicht nur an sich, dem Wesen nach, sondern der Existenz, der Wirklichkeit nach in ihren wirklichen Grund, den wirklichen Menschen, das wirkliche Volk, stets zurückgeführt und als sein eigenes Werk gesetzt. Die Verfassung erscheint als das, was sie ist, freies Produkt des Menschen."

Selbstverständlich für das allgemeine Wahlrecht

Das allgemeine Wahlrecht war selbstverständlich ein wesentliches Kennzeichen dieser neuen Verfassung:

"In der unbeschränkten sowohl aktiven als passiven Wahl hat die bürgerliche Gesellschaft sich erst wirklich zu der Abstraktion von sich selbst, zu dem politischen Dasein als ihrem wahren allgemeinen wesentlichen Dasein erhoben. Aber die Vollendung dieser Abstraktion ist zugleich die Aufhebung der Abstraktion... Die Wahlreform ist also innerhalb des abstrakten politischen Staats die Forderung seiner Auflösung, aber ebenso der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft."

Dieser Textabschnitt gewährt eine wichtige Einsicht hinsichtlich des Ausgangspunkts für Marx' Vorstellung über die Aufhebung des Staates. Der Begriff entstammte der hegelianischen Gedankenwelt und wurde von Marx für den vom Volk demokratisch gelenkten Staat übernommen.

Ein Großteil von dem, was Marx über die Demokratie geschrieben hat, wurde während der Revolutionsjahre 1848 bis 49 geschrieben. Er war während dieser Zeit in Köln in der Demokratischen Gesellschaft und im Arbeiterverein wirksam. Als Chefredakteur war er für die "Neue Rheinische Zeitung" verantwortlich, die auf der ersten Seite die Devise "Organ der Demokratie" trug. In Artikeln und Leitartikeln wurde betont, daß der eingeleitete Machtkampf in Deutschland ein Kampf für die Demokratie war. Die demokratischen Parolen richteten sich ausdrücklich an die Arbeiterklasse.

In gewissen Kreisen begann man zu dieser Zeit das Wort "Demokratie" als Bezeichnung für Scheinreformen der Staatsordnung zu verwenden, die dem Volk nicht das volle und endgültige Bestimmungsrecht geben sollten. So lobte er zum Beispiel im Juni 1848 eine Gruppe, die sich mit dem Ausdruck "ohne Zensus und durch direkte Wahlen" präzierte, während er eine andere Gruppe kritisierte, die den vulgären Ausdruck "freie Wahl aller" verwendete.

In Preußen war eine vom Volk gewählte Versammlung einberufen worden, die jedoch keine Macht erhielt, sondern lediglich die Aufgabe hatte, die zukünftige Verfassung zu diskutieren. Marx und seine Mitredakteure waren der Ansicht, diese Volksversammlung hätte das legitime Recht, die Macht im Land zu ergreifen und forderten deshalb dazu auf. Im Juli 1848 argumentierte Engels gegen die Vorstellung, daß die Macht mit dem König zu teilen wäre. Dieser Artikel ging mit Sicherheit durch Marx' Hände, ehe er den Setzer erreichte. Engels schrieb:

"Das revolutionäre Provisorium besteht gerade darin, daß die Teilung der Gewalten provisorisch aufgehoben ist, daß die gesetzgebende Behörde die Exekutivgewalt oder die Exekutivbehörde die gesetzgebende Gewalt momentan an sich reißt. Ob die revolutionäre Diktatur (sie ist eine Diktatur, mag sie noch so schlaff geübt werden) sich in den Händen der Krone oder einer Versammlung oder beider zusammen befindet, ist ganz gleichgültig."



Eine ähnliche Wortwahl ist in einem Artikel von Marx im September zu finden. Er war der Meinung, daß es sich jetzt darum handelte, ob die Volksversammlung oder der König die Macht ergreifen würden. In letzterem Fall "wird die Versammlung aufgelöst, das Assoziationsrecht unterdrückt, die Presse geknebelt, ein Wahlgesetz mit Zensus dekretiert". Es ging für die Volksversammlung darum, mit Kraft einzugreifen, um dies zu verhindern. Sie sollte "eine energische Diktatur" ausüben.

Für viele mag es eigentümlich klingen, daß eine demokratische und äußerst pluralistische Versammlung aufgefordert wurde, ihre Diktatur auszuüben. Die Erklärung ist darin zu finden, daß das Wort "Diktatur" zu der damaligen Zeit einen anderen Inhalt hatte, mit enger Anknüpfung an das "dictatura" der Römer. Damit meinte man eine in der Verfassung geregelte Möglichkeit, bei Krieg oder in einer anderen kritischen Lage die Macht an eine Person mit erheblichen, aber zeitlich begrenzten Befugnissen, zu übertragen. Mit der damaligen Bedeutung des Wortes war es deshalb angebracht, das Wort Diktatur zu verwenden, um die Macht einer vom Volk gewählten Versammlung zu bezeichnen. Ebenso wie der "dictator" der Römer, sollte die Volksversammlung uneingeschränkte, aber zeitlich begrenzte Macht haben. In einigen Jahren sollte sie vor dem ganzen Volk zur Rede gestellt werden. Dies ist ein wichtiger Hintergrund für das Verständnis des Begriffes "die Diktatur des Proletariats", so wie er von Marx verwendet wird. Er hat diesen Begriff niemals verwendet, um Macht zu beschreiben, die von einer Gruppe ausgeübt wird, die nicht in realen, pluralistischen Wahlen das Vertrauen erhalten hat, die Macht auszuüben.

Gegen Weitlings Thesen

Im Juli 1848 war der Agitator Wilhelm Weitling bei der Demokratischen Gesellschaft in Köln zu Gast. Er warnte vor einer allzu starken Betonung der politischen Demokratie. Eine solche Staatsform könnte zu allgemeinem Chaos führen, weshalb die sozialen und wirtschaftlichen Ideale des Kommunismus eher durch eine "Diktatur der Einsichtigsten" erreicht werden könnte.

Bei einem späteren Zusammentreffen in der Gesellschaft griff Marx Weitlings Ansichten stark an. In seiner Rede sagte er, daß "das System eines einzelnen Kopfes in der Diktatur durchführen zu wollen, Unsinn genannt zu werden verdiene; gegentheils müsse die Regierungsgewalt, wie die provisorische Regierung von Paris, aus den heterogensten Elementen zusammengesetzt sein, die sich alsdann durch Ideen-Austausch über die zweckmässigste Art der Verwaltung zu einigen haben."

Der Ausdruck "die heterogensten Elemente" zeigt, daß die ideale Demokratie von Marx pluralistisch und nicht monolithisch war.

In Frankreich wurde im März 1848 eine Nationalversammlung mit allgemeinem Wahlrecht für Männer gewählt. Die Wahlbeteiligung war 84 Prozent. Die Bauern des Landes verhalfen einer tief reaktionären Regierung zur Macht, die als eine ihrer ersten Maßnahmen die Notstandsarbeiten abschaffte. Dies brachte die Arbeitslosen in Aufruhr. Die vom Volk gewählte Regierung veranstaltete ein sinnloses Blutbad, bei dem über 3.000 Arbeiter ihr Leben lassen mußten.



Für die Demokraten, die einen engen Zusammenhang zwischen Staatsform und sozialen Reformen sahen, war dies ein harter Schlag. In der "Neuen Rheinischen Zeitung" nahm Marx selbstverständlich für die hungernden Arbeiter Partei. "Das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse."

Aber im gleichen Artikel betonte er, daß sich seine Einstellung zur Demokratie als Staatsform nicht durch dieses Ereignis geändert habe.

"Der tiefe Abgrund, der sich vor uns eröffnet hat, darf er die Demokraten irren, darf er uns wähen lassen, die Kämpfe um die Staatsform seien inhaltslos, illusorisch, null?"

Nur schwache, feige Gemüter können die Frage aufwerfen. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen."

Eine bessere Formulierung, weshalb die Demokratie und die demokratischen Rechte nie aufgegeben werden dürfen, kann ich mir schwerlich denken. Sie gilt für jede heute existierende Gesellschaft, nachdem jede Gesellschaft immer noch Gegensätze aufweist, die nach Marx zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen müssen.

(-/5.5.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

